

„Glyphosat ist ein Mittel, das die Landwirtschaft klimaneutraler macht“

Anja Ettel, Daniel Wetzel

Der Bayer-Konzern hat mit dem Green Deal der EU keine Probleme. Zumal das Pflanzenschutzmittel Glyphosat eine emissionsarme Landwirtschaft unterstütze, sagt Vorstand Liam Condon. Auch die Einführung einer CO₂-Abgabe auf Kraftstoffe sei richtig.

Probleme hat Bayer derzeit genug. Wegen des Rechtsstreits über das Pflanzenschutzmittel Glyphosat hat der Pharma- und Agrarchemiekonzern jüngst milliardenschwere Rückstellungen gebildet und deshalb den höchsten Quartalsverlust seiner Geschichte eingefahren.

Jetzt drohen durch den europäischen Green Deal der EU-Kommission zusätzliche Klimaschutzlasten. Doch der für die Sparte Crop Science zuständige Bayer-Vorstand Liam Condon gibt sich im WELT-Interview gelassen. Der Konzern stehe hinter den EU-Zielen. Und mit Glyphosat verfüge man über ein Produkt, das eine emissionsarme Landwirtschaft unterstütze und viele Vorteile für die Umwelt biete. Für die Zukunft rechnet der Manager mit einem Paradigmenwechsel in der Landwirtschaft.

WELT: Die EU-Kommission hat sich große Ziele in Sachen Klimaschutz gesetzt. Bis 2030 sollen die CO₂-Emissionen im Vergleich zu 1990 um 55 Prozent sinken. Wie sehr schreckt Sie die neue Vorgabe aus Brüssel?

Liam Condon: Ehrlich gesagt, gar nicht. Wir haben uns bei Bayer ohnehin vorgenommen, bis 2030 klimaneutral zu produzieren.

WELT: Andere Wirtschaftsvertreter sehen das nicht ganz so lässig. Halten Sie deren Kritik für übertrieben?

Condon: Natürlich hat jede Branche starke Einzelinteressen. Aber die Richtung stimmt. Der Klimawandel ist vom Nebenthema zur größten Bedrohung für die Welt geworden. Wir brauchen daher anspruchsvolle Ziele. Europa kann und muss da vorangehen. Wir können nicht auf andere Regionen der Welt warten.

WELT: Dann ist der europäische Green Deal also ein guter Plan?

Condon: Für solche Pauschalurteile ist es zu früh. Es gibt sehr viele Details, die noch einer Präzisierung bedürfen. Der Green Deal ist ja kein fertiges Papier, das nur noch implementiert werden muss. Es geht jetzt darum, diesen Plan mit Leben zu füllen, damit Europa grüner, wettbewerbsfähiger und innovativer wird.

WELT: Wieso fällt der Zuspruch der Wirtschaft dann nicht kräftiger aus?

Condon: Weil diese Details ganz entscheidend sind. Ich bin gemeinsam mit einigen anderen Vorständen im Vorfeld gefragt worden, ob wir unterschreiben würden, dass wir den Green Deal unterstützen. Unsere Antwort war, dass das nicht geht, solange wir nicht wissen, was genau beschlossen werden soll. Aber wir unterstützen ganz klar die Richtung, denn es geht darum, dem Klimawandel zu begegnen und schonend mit unseren limitierten natürlichen Ressourcen umzugehen.

WELT: Das klingt sehr passiv. Wieso bringt sich die Wirtschaft nicht stärker ein?

Condon: Das tun wir. Die Gespräche darüber finden längst auf allen Ebenen statt. Im Kern geht es vor allem darum, wie wir sicherstellen, dass diese Strategie nicht zu einem Wettbewerbsnachteil und Arbeitsplatzverlusten für Europa führt, wenn wir unseren CO₂-Abdruck reduzieren, andere Regionen aber weiterhin dreckig und billig produzieren. Es muss einen Anreiz für Innovationen geben, dann werden wir binnen überschaubarer Zeit Erfolge erleben, denen andere folgen.

WELT: Bisher hatte die Industrie in Europa zahlreiche Privilegien, die genau das sicherstellen sollten. Allerdings wird das immer teurer. Wird es nicht Zeit für einen Systemwechsel?

Condon: Wenn es darum geht, das Gesamtsystem zu verbessern, sollte man sich in der Tat von einigen Privilegien der Vergangenheit verabschieden und genau schauen, was wirklich zielführend ist. Brüssel hat jetzt die Chance dazu und sollte sie nutzen.

WELT: Was wären das für Privilegien, die Sie für verzichtbar halten?

Condon: Es bringt nichts, Subventionen für einzelne Wirtschaftszweige zu streichen und dadurch die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu schädigen. Europa muss im Gegenteil zusehen, wie es die Umweltziele erreicht ohne diejenigen, die sauber arbeiten, zu benachteiligen. Das ist ein hochkomplexes Thema, deshalb brauchen wir einen systematischen Ansatz.

WELT: Brüssel plant zum Schutz der Industrie einen Grenzausgleich, eine Art CO₂-Zoll für Importe. Was spricht dagegen?

Condon: Grundsätzlich gar nichts, im Gegenteil: Ich halte diesen Mechanismus für sehr richtig. Ansonsten wird es schwer, den Green Deal mit Leben zu füllen, weil die Ziele so widersprüchlich sind: einerseits die Klimavorgaben zu erfüllen und andererseits wettbewerbsfähig zu bleiben.

WELT: Welches Gewicht haben denn CO₂-Kosten bei Standortentscheidungen von Bayer?

Condon: Prozentual kann ich das nicht beziffern, aber natürlich sind das wichtige Faktoren, weil es bei solchen Entscheidungen immer um die Gesamtkosten geht. Allerdings nicht nur, sonst würden wir schon gar nicht mehr in Deutschland produzieren, weil das an vielen anderen Orten sehr viel billiger geht. Dass wir das trotzdem tun, liegt unter anderem an den stabilen Rahmenbedingungen und dem Know How der Mitarbeiter hierzulande.

WELT: Deutschland hat eine CO₂-Abgabe auf fossile Kraftstoffe beschlossen. Das macht es nicht leichter, international wettbewerbsfähig zu bleiben. Wird Abwanderung für Bayer ein Thema?

Condon: Nein, das ist nicht unser Ansatz. Die CO₂-Bepreisung ist sehr wichtig, denn der Marktpreis war bisher zu gering, um eine wirkliche Änderung im Verhalten zu bewirken. Wir haben uns intern daher längst einen höheren Preis gesetzt, um uns selbst zu motivieren, kohlenstoffärmer zu produzieren. Das ist der Weg in die Zukunft. Einfach ins Ausland zu gehen löst keine Probleme.

WELT: Müssen Sie nicht befürchten, dass Ihre Wettbewerber das anders sehen – zu Ihrem Nachteil?

Condon: Diese Sorge habe ich nicht. Zumal der Druck von außen wächst, das stellen wir bei Gesprächen mit Investoren immer wieder fest. Die Investoren wollen längst nicht mehr nur sehen, wie wir Kosten reduzieren, sondern auch ganz genau wissen, wie nachhaltig wir arbeiten und welche langfristigen Ziele wir verfolgen. Wir haben jetzt die Chance, eine Vorreiterrolle bei der Nachhaltigkeit zu übernehmen. Das ist deutlich besser, als dahin getrieben zu werden.

WELT: Laut Ihrem Nachhaltigkeitsbericht 2019 sind die Energieverbräuche und CO₂-Emissionen bei Bayer weiter gestiegen. Woran liegt das?

Condon: Das war ein Einmaleffekt aufgrund der Übernahme von Monsanto und der dort produzierten Pflanzenschutzmittel, was automatisch mit mehr Treibhausgasemissionen verbunden ist. Im Bericht für 2020 wird sich dieser Trend nicht fortsetzen. Was außerdem oft untergeht: Eines der wichtigsten Monsanto-Produkte, Glyphosat, ist ein Mittel, das die pflugfreie Landwirtschaft zum Beispiel in den USA und Brasilien ermöglicht und dadurch dem Agrarsektor hilft, klimaneutraler zu werden. Solche Effekte werden bisher noch nicht ausreichend berücksichtigt.

WELT: Sie meinen, ausgerechnet das umstrittene Glyphosat dient dem Klimaschutz?

Condon: Das ist tatsächlich so, auch wenn das viele nicht gerne hören. Glyphosat hat viele Vorteile für die Umwelt, gerade wenn es um nachhaltige, emissionsarme Landwirtschaft geht. Wir arbeiten derzeit auch an einer Methode, mit der Landwirte mithilfe unserer digitalen Plattformen ihr Land so bearbeiten können, dass möglichst viel CO₂ in der Erde verbleibt. Dafür gibt es dann Emissionszertifikate, die die Landwirte verkaufen können. Sie erhalten dann also Geld für ihre Dienste am Ökosystem – das wäre ein Paradigmenwechsel in der Landwirtschaft. Unser Ziel ist es, dass wir diesen Ansatz im Rahmen des Green Deal in Europa etablieren. Ein Pilotprojekt mit 2000 Landwirten in den USA und Brasilien läuft bereits.

WELT: Das ist allerdings noch Zukunftsmusik. Sehr konkret ist hingegen, dass gemäß dem Green Deal der Einsatz von Pestiziden bis 2030 in Europa halbiert werden soll. Empfinden Sie das als Kampfansage?

Condon: Es ist auf jeden Fall zu kurz gesprungen. Wenn man die Umweltauswirkungen von Pflanzenschutzmitteln reduzieren will, dann reicht es nicht aus, nur auf die Volumina zu schauen. Das versuchen wir auch gerade der EU-Kommission klarzumachen und entsprechende Modelle zu entwickeln.

WELT: Der Green Deal sieht vor, dass 25 Prozent des Ackerlandes durch nachhaltige, möglichst umweltschonende Landwirtschaft bewirtschaftet werden sollen. Haben Sie da nicht mit einem Pestizidhersteller wie Monsanto auf das falsche Pferd gesetzt, zumindest in Europa?

Condon: Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass ökologisch immer nachhaltig ist und konventionelle Landwirtschaft immer produktiv. Wir haben keine Präferenz für ein bestimmtes System. Stattdessen brauchen wir eine Landwirtschaft, die ressourcenschonend und produktiv arbeitet. Die konventionelle Landwirtschaft muss nachhaltiger werden und

die ökologische Landwirtschaft produktiver. Was auf absehbare Zeit nicht wirtschaftlich ist, ist auch nicht nachhaltig.

WELT: Dennoch: Die EU-Kommission hat Glyphosat nur für fünf Jahre erlaubt, diese Zulassung läuft Ende 2022 aus. Wie soll es weitergehen?

Condon: Die Frage ist doch immer, sind andere Methoden, Unkraut zu bekämpfen, wirklich sicherer und wirksamer? Die Antwort der Wissenschaft dazu ist eindeutig Nein, aber das passt eben nicht zum öffentlichen Meinungsbild. In jedem Fall haben wir die Re-Registrierung in Europa gestartet. Zugleich setzen wir beim gesamten Registrierungsprozess noch nie da gewesene Maßstäbe in Sachen Transparenz. Niemand wird hinterher sagen können, dass Daten nicht vollständig waren.

WELT: Sie hoffen also auf Wiedenzulassung ab 2022?

Condon: Natürlich, sonst hätten wir diesen Prozess nicht gestartet. Eine Entscheidung wird es aber erst im Verlauf von 2022 geben. Dann wird sich zeigen, ob wissenschaftliche Argumente überwiegen oder politische.

WELT: Im abgelaufenen Quartal hat Bayer wegen der Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten über Glyphosat in den USA den größten Quartalsverlust der Geschichte erwirtschaftet. Wann können Sie dort einen Schlussstrich ziehen?

Condon: Wir haben in den Verhandlungen mit den Klägeranwälten gute Fortschritte erzielt, sowohl was die laufenden Fälle betrifft als auch bei der Frage, welche Regeln für zukünftige Klagen gelten sollen. Die Details des überarbeiteten Konzepts werden in den kommenden Wochen finalisiert und dann dem zuständigen Richter in San Francisco vorgelegt.

WELT: Die Agrochemiebranche hat sich stark konzentriert. Können Sie verstehen, dass dieses Oligopol vielen Menschen Unbehagen bereitet?

Condon: Die Sorge vor einem Oligopol kann ich nachvollziehen, aber sie ist ein Trugschluss, denn das gibt es so gar nicht. Der größte Teil des Saatguts wird nicht über die großen Konzerne verkauft, sondern von lokalen Herstellern vor Ort. Eine Konzentration gibt es nur bei der Forschung und Entwicklung, und das liegt einzig und allein daran, dass die regulatorischen Anforderungen mittlerweile so hoch sind, dass dem nur noch die größeren Konzerne gewachsen sind. Die Gesellschaft muss sich entscheiden, ob sie weiterhin so hohe Standards für innovative Produkte haben will – dann gibt es nur wenige Anbieter. Oder ob sie die Hürden niedriger setzt, dann können auch mehr Firmen innovatives Saatgut entwickeln. Beides zusammen geht nicht.